

Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 getragene Zeilenzeile über dem Raum...

Organ der KPD., Bezirk Schlesien Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement im Voraus...

7. Jahrgang.

Donnerstag, 28. Mai 1925

Nummer 117

Der Gnade nach Amnestie!

Die Frauendelegation der politischen Gefangenen an die Reichstagsfraktionen der Parteien

Eine ehmals Komödie wird jetzt mit der Forderung nach einer Vollaumstie...

Um so lauter muß deshalb die Stimme der Werktätigen in Stadt und Land erschallen...

Die Frauendelegation, die vorige Woche im Reichstage von den Parteien und der Regierung Rede und Antwort...

An die Reichstagsfraktionen

- der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei, der Deutschdemokratischen Partei...

Berlin-Reichstag.

Wir Unterzeichneten, der KPD., der SPD. angehörender sowie parteilose Frauen und Mütter proletarischer politischer Gefangener...

unser Forderungen auf Erlass einer Vollaumstie für alle politischen Gefangenen.

die zugleich die Forderung der gesamten deutschen Arbeiterschaft und aller rechtlich denkenden Menschen ist vorzutragen.

Bisher haben wir nur mit der Reichstagsfraktion der KPD. sprechen können. Die Zusage der Deutschnationalen Volkspartei...

Wir verhandelten darauf mit dem Reichsjustizminister Dr. Frentzen...

Die Ausreden ergaben, daß die Regierungen nicht beabsichtigen, ein Gesetz auf Vollaumstie für alle politischen Gefangenen zu erlassen.

eine eigene Amnestievorlage nicht einbringen werde. Da wir unterzeichneten Frauen im Reichstage keine Gelegenheit fanden...

um die Beantwortung nachstehender Fragen zu ersuchen:

- 1. Ist Ihnen bekannt, daß in den allermeisten Fällen der aus politischen Ereignissen entstandenen und abgeurteilten Straftaten die Gerichte es ablehnten...

gegen die genannten rechtsradikalen Ausschüsse hatten, mit den allerhöchsten Zuchthausstrafen, ja sogar mit Todesstrafen bedacht.

- 4. Sind Sie grundsätzlich bereit, auch diese „besonders schweren Fälle“ mit in eine Amnestie einzubeziehen?

Die Gofioter Todesurteile vollstreckt

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 28. Mai.

Die gestrige Abendpresse berichtet aus Sofia, daß gestern früh das Todesurteil an dem Genossen Friedman, dem Offizier und Bauernbündler Kow und dem Kirchendiener Zagorski vollstreckt worden sei.

Seit mehr als einer Woche kündigte Zankoff an, daß er die Galgen anwenden wird. Seit mehr als einer Woche erwartet das bürgerliche Europa mit Neugier...

Die „Verteidiger des Rechtes und der Gerechtigkeit“ steinern ihre ganze Energie darauf verwendet zu haben, den roten Terror zu verfluchen.

Vom Tage

Der deutsch-spanische Handelsvertrag ist mit 170 gegen 96 Stimmen bei 98 Enthaltungen im Reichstag angenommen worden.

Französische Geschichtsabteilungen sind auf dem Wege nach Sanger, um gemeinsam mit den Spaniern die Rikente von der Küste aus zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Arbeiterverbandes erläßt einen Aufruf, in dem er Einleitung von Verhandlungen mit den Rikenten fordert.

In Bukarest wurde ein nationalistischer Student, der einen liberalen Volkslehrer tötete, hingerichtet.

und zur Unterdrückung der Volksbewegung mittelalterliche Methoden anzuwenden läßt, erklären die bulgarischen Sozialdemokraten den Senkern ihre Zustimmung zu den Hinrichtungen.

Die II. Internationale, die während der Prozesse der gegenrevolutionären sozialrevolutionären Terroristen und Verschwörer Rußlands es versucht hatte, die öffentliche Meinung der ganzen Welt zu mobilisieren...

Arbeiter und Bauern sind Seite an Seite gehen: wo ein Eisenwurm hat ihre letzten Worte überlebt. Der bulgarischen Kommunisten und Bauern...

Die bulgarischen Arbeiter und Bauern und mit ihnen das gesamte Weltproletariat haben eine neue, richtige Lehre erhalten. Die Gewalttaten Zankoffs lehnen, daß es im Bürgerkrieg kein Erbarmen gibt.



Reich amtlich bekannte Rapp-Verbrechensfälle festgestellt wurden und daß von diesen nur der inwärtigen freigelassene Führer v. Jago v. verurteilt wurde, während man bei den anderen das Verfahren einstellte oder sie amnestierte?

10. Weiß Ihre Partei ferner, daß jezt noch in den Zuchthäusern Arbeiter sitzen, die sich am Abwehrkampf gegen den Rapp-Bußschuß beteiligten und die durch ihren Kampf die Republik retteten? Ist Ihre Partei bereit, auch diese Arbeiter endlich durch eine Amnestie wieder in Freiheit zu bringen?

11. Weiß Ihre Partei, daß noch eine große Anzahl von Arbeitern, die von den Sondergerichten im Anschluß an den mitteldeutschen Aufstand zu den höchsten Zuchthäusern verurteilt wurden, weiter in Strafhaft sitzen; dahinsonderbar das Urteil gegen Max Böls — lebenslängliche Zuchthausstrafe — niemals revidiert worden ist?

12. Ist Ihre Partei bereit, die Amnestie auf diese Fälle auszudehnen?

13. Ist Ihrer Partei bekannt, daß die wenigen zur Verantwortung gezogenen Führer des Hitler-Bußschusses in München 1923 sich längst wieder in Freiheit befinden, daß sie also ihre geringen Festungsstrafen überhaupt nicht abzusitzen brauchen?

14. Ist Ihnen bekannt, daß andererseits die Justiz rechtslos alle Teilnehmer des Hamburger Oktoberaufstandes zur strafrechtlichen Verantwortung zog und daß noch fortgesetzt Prozesse gegen Hamburger Arbeiter stattfinden?

15. Ist Ihnen bekannt, daß in Hamburg nach dem Oktoberaufstand von den Sondergerichten zwei Todesurteile gegen Arbeiter verhängt, die dann später in hohe Freiheitsstrafen umgewandelt wurden?

16. Ist Ihnen bekannt, daß der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik weder die Führer und Teilnehmer des sogenannten Hitler-Bußschusses noch die des Käßtrier Bußschusses der kommunistischen Wehr unter Anklage stellte, daß aber andererseits der Staatsgerichtshof seit dem Herbst 1923 Woche für Woche hunderte von Arbeitern, die im Oktober 1923 gegen die rechtsabwärtigen Bußschüsse Abwehrmaßnahmen einleiteten, aber diese Abwehrmaßnahmen nicht zur Durchführung brachten, zu Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt?

17. Ist Ihnen die Tatsache bekannt, daß die Strafrechtliche Vereinigung, der Deutsche Anwaltsverein und zahlreiche Wissenschaftler, Rechtslehrer und namhafte Schriftsteller ohne Ansehen der Partei gegen den Justizmord des Staatsgerichtshofes in dem sogenannten Tjhele-Prozess eingeschritten und begründeten Protest eingelegt haben?

18. Ist Ihre Partei bereit, sich diesem Protest anzuschließen und die unter zahllosen Verhören gegen das geschiedene Recht und die Prozedurordnung gefällten Urteile des Staatsgerichtshofes aufzuheben und die verurteilten Arbeiter in eine Amnestie miteinzubeziehen?

19. Ist Ihrer Partei bekannt, daß die in den Korruptionskandalen der letzten Zeit verurteilten Personen, wie Kullitzer, Barmat, Holzmann, Bartels, v. Carlowitz, v. Sigmund, v. Eybors und v. Karstedt usw. zum Teil unter Mißbrauch ihrer amtlichen Stellungen und zum anderen Teil unter Mithilfe namhafter Regierungsmänner und Staatsangestellter das Deutsche Reich und den Preussischen Staat und somit das gesamte Volk betrugen und begannert haben; daß diese Personen bis heute noch nicht abgerichtet sind, sondern sogar fast durchweg aus der Unterjohannishaft entlassen wurden?

20. Ist Ihnen ferner bekannt, daß revolutionäre Arbeiter wegen politischer Straftaten seit über 20 Monate in Unterjohannishaft sitzen?

21. Ist Ihrer Partei die Tatsache bekannt, daß zahllose Arbeiter, Angehörige und Angehörige der verarmten Mittelschichten während der Inflationszeit infolge des Hungers zu Verzweiflungstaten auf die Straße getrieben und deswegen auf viele Jahre in die Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt wurden?

22. Ist Ihre Partei bereit, gegen dieses System der Rechtsunsicherheit und ungleichen Anwendung der Gesetze Front zu machen und sämtliche Opfer der Justiz in die Amnestie einzubeziehen?

Wir Frauen und Mütter von politisch Inhaftierten fragen in aller Öffentlichkeit Ihre Partei:

Sind Sie bereit, sich für eine Amnestie für alle politischen Gefangenen, die wegen Verhaftung an politischen Kämpfen verurteilt sind, einzusetzen?

Wir erwarten, daß Sie auf diese klaren Fragen die wir nicht nur in unserem eigenen Namen, sondern im Namen der vielen tausend politisch proletarischen Inhaftierten und ihrer Angehörigen stellen, was unzweifelhaft Antwort geben!

Wir erwarten Sie, Ihre Antwort an die Adresse des Zentralbüros der „Roten Hilfe“ Deutschlands, Berlin W. 7, Dorststr. 7/78 zu richten. Dasselbe hat sich verpflichtet, uns sofort nach Eingang Ihrer Antwort zu benachrichtigen.

- Berlin, den 23. Mai 1925. Frau Klara Zehl, Oberlungwitz (Der Mann zu 7 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt). Frau Martha Zehl, Hohenzollern-Craschwitz (Mann zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt). Frau Martha Knoblauch, Hohenzollern-Craschwitz (Mann zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt). Frau Helene Neßbagen, Hamburg (Mann zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, in Stellung umgewandelt). Frau Emma Tschusch, Hamburg (Mann zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, in Stellung umgewandelt). Frau Frieda Büttner, Metzdorf (Mann zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt). Frau Käthe Neßbagen, München (Sohn zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 6 Jahre verhaftet). Frau Rosine Grieb, Leipzig (Sohn zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt). Frau Marie Schiller, Königsberg (Mann unter Druck der Inhaftierung verhaftet). Frau Marie Bleske, Effen (Mann zu 11 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt). Frau Gertrude Kloss, Bochum (3 Brüder zu insgesamt 25 Jahren Zuchthaus verurteilt). Frau Marie Schöler, Berlin (Mann zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt).

# Die Kumpels gegen die Verlängerung der Arbeitszeit

## Das Ergebnis der Abstimmung: Gewaltige Mehrheit gegen die 8 1/2-Stundenfrist

Breslau, 28. Mai.

Das gesamte Abstimmungsergebnis der am Montag vorgenommenen Abstimmung im Waldenburger und Neuroder Kohlenrevier über die Verlängerung der Arbeitszeit liegt jetzt vor. Mit gewaltiger Mehrheit haben die Bergarbeiter gegen die achteinhalbstündige Arbeitszeit gestimmt.

### Das Abstimmungsergebnis

folgendes:

Abgegebene Stimmen insgesamt	18 735
Für 8 Stunden Stimmen	18 125
Für 8 1/2 Stunden Stimmen	602
Ungültige Stimmen	5

Somit ist beinahe einstimmig die Verlängerung der Arbeitszeit abgelehnt. Nur 3 Prozent der abstimmenden Bergarbeiter drängen es fertig, für die achteinhalbstündige Arbeitszeit einzutreten. Und diese auch nur, weil sie bereits so sehr erschöpft sind, daß sie nicht mehr glauben, einen Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit führen zu können.

Der in der Ruhr- und Saarstreifenfrage im niederschlesischen Eschweilerbergbau am 28. April gefällte Schiedspruch empfahl den Beschäftigten, über die achteinhalbstündige Arbeitszeit hinaus eine halbe Stunde Mehrarbeit zu leisten. Danach würde die Arbeitszeit unter Lage achteinhalb Stunden betragen. Bei den Verhandlungen wurde von Unternehmerseite den Gewerkschaftsvertretern des Reviers erklärt, daß nur sie als Organisationsleiter gegen die Verlängerung der Arbeitszeit seien, während die Bergarbeiter bestimmt gewillt wären, auf den Vorschlag einzugehen.

Die Grubengewaltigen haben sich verrochnet. Die Abstimmung zeigt, wie allgemein der Widerstand der Kumpels gegen die Verlängerung der Arbeitszeit ist. Dabei ist zu beachten, daß die reformistischen Gewerkschaftsbundgenossen den traurigen

Mut befehlen, den Unternehmern gegenüber die Verpflichtung einzugehen, keine Propaganda für oder gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zu betreiben. Lediglich die KPD war es, die durch Handzettel die Kumpels aufforderte, die Folgen einer weiteren Arbeitszeitverlängerung zu erkennen und gegen sie zu stimmen. Und alles Geschwätz der reformistischen Bergarbeitersführer über die „Unwirksamkeit“ der kommunistischen Handzettel und ihre kostbaren Angriffe darauf gegen die KPD täuschen nicht über die erbärmliche Haltung dieser längst entarteten Sorte von Arbeitervertretern“ hinweg. Ihre Angriffe ebrten und nur. Die KPD hat auch in dieser Frage ihre Pflicht getan.

In klarer Erkenntnis der Lage haben sich die Kumpels gegen die weiteren Ausbeutungsabsichten der Grubengewaltigen ausgesprochen. Sie sind nicht gewillt, sich noch weiter auszuliefern und verelenden zu lassen. Sie wissen: eine Verlängerung der Arbeitszeit bringt keine Verbesserung ihrer Lage, sondern im Gegenteil nur noch mehr Verelendung und Verflämung.

Was aber weiter? Die Unternehmer werden dazu übergehen, ihrerseits die Durchführung des ersten Teiles des am 28. April gefällten Schiedspruches, der eine kleine, durchaus ungenügende Lohnerhöhung vorsieht, abzulehnen. Was werden die Gewerkschaftsführer dann tun? Werden sie zu dem bekannten opportunistischen „demokratischen Heilmittel“, der Eintragung der Lohnerhöhung bei den bürgerlichen Gerichten, schreiten? Dann Kumpels, begrabt eure Hoffnungen auf Lohnerhöhung! Es werden Monate vergehen, es wird Winter werden, ehe „vielleicht“ eure Klage durchkommt. Und inzwischen könnt ihr Kohldampf scheiden und eure Kinder verrecken!

Nein! Das soll nicht der Weg sein! Geschlossen, wie ihr die Verlängerung der Arbeitszeit ablehnt, müßt ihr die eiserne Kampffront herstellen zur Erzielung eurer minimalen Lohnerhöhungsforderungen. Zwingt die Gewerkschaftsführung dazu, den Kampf der niederschlesischen Bergarbeiter gegen die Grubengewaltigen zu organisieren und durchzuführen!

- Frau Stanislaw Margies, Bochum (Sohn zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt). Frau Bertha Willendorf, Hamburg (Sohn zum Tode verurteilt, umgewandelt in 12 Jahre Festung). Frau Emma Schred, Stuttgart (Mann zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt). Frau Marie Lambert, Stuttgart (Mann zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt). Frau Lina Herr, Kormbachheim (Mann seit Oktober 1923 in Straf- bezw. Unterjohannishaft).

## Sozialdemokratische Fleaeleien gegen die Frauen der Inhaftierten

Berlin, 27. Mai.

Der „Vorwärts“ hat heute abend gegen die Deputation der Frauen der politischen Gefangenen und verhandelt diese zugleich auch gegen die KPD. Die Vorwärtsredaktion gibt an, daß sie dieser Frauendeputation erklärt hat, die KPD werde niemals die Arbeit der Roten Hilfe unterstützen, denn diese sei lediglich ein „Propagandaausdruck“ auf dem Wege der KPD. Der „Vorwärts“ behauptet es zugleich trotz Auforderungsbüchlein an die KPD-Reichstagsfraktion gelangten Brief an veröffentlichten. Der „Vorwärts“ gibt eine lächerliche Aufklärung darüber, wie es in Rot und Rot um das SPD-Entreten für die Amnestie und für die Gefangenenfrage steht. Außerdem wird angegeben, daß auf dem Reichstages der Roten Hilfe Sozialdemokraten und Nichtkommunisten wie Dr. Gumbel, Reichsgericht, Dr. Brandt, Erich Tschickel, Ledebauer, etc. Kollwitz sich zur Roten Hilfe bekannt haben.

## Vom drohenden Berliner Verkehrsstreik

Berlin, 28. Mai.

Die von Schlichtermeister überbrachten Verhandlungen zwischen den Angehörigen der Verkehrsbereitschaften und den Direktoren der letzteren sind ergebnislos verlaufen. Heute Donnerstag tagt ein Schiedsgericht zum Schiedspruch zu fällen, durch den der drohende Verkehrsstreik beigelegt werden soll. Die ungenügende Beschäftigungskraft der Gewerkschaftsfrauen wird durch die „Politik der Zerwürf“ bedingt, von der sie spricht. Die Gewerkschaften sind trotz der Kampfbanner der Arbeiter und Angestellten benutz, einen Kampf zu verhindern.

## Holzarbeiterkampf in Hamburg

(Eigener Drahtbericht)

Hamburg, 27. Mai.

Bevor die Verhandlungen über die Lohnforderungen durch die Unterjohannishaft in 16 Betrieben 400 Holzarbeiter in den Streik getrieben. Somit ist der Kampf im Hamburger Holzgewerbe ausgebrochen, es hat die Unterjohannishaft mit der Unterstützung in der gesamten Holzindustrie Hamburgs noch nicht fertig über ganz Deutschland ausbreiten werden.

## Die Antwort Gobjetrubland auf die Wiener Forderungen

(Eigener Drahtbericht)

Wien, 27. Mai.

Die bekannt sind, daß die Wiener Gewerkschaften als Antwort auf die Forderungen des Internationalen Arbeiterkongresses alle Verhandlungen mit Wiener Industriellen und Kaufleuten über die Forderungen abgebrochen und zugleich die für die nächste Zeit eintreffende Gewerkschaften der österreichischen Handelskammer abzusagen, falls nicht sofort der durch Rompe parlamentarische Anstalt beigelegt werde. Die ungenügende die in Pettau kommenden Verhandlungen sind, geht daraus hervor, daß bei bürgerlichen Verhandlungen etwa 40000 österreichische Arbeiter dafür in Arbeit

## Erwerbslosenfragen im Sozialpolitischen Ausschuß

Berlin, 27. Mai.

Am 26. Mai beschäftigte sich der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags mit Fragen der Erwerbslosenfürsorge. Zur Beratung stand der Antrag Müller-Frankens, SPD, die Erwerbslosenfürsorge in den bestetzten Gebieten zu verlängern und zwar bis zum 31. Dezember 1925 und der kommunistische Änderungsantrag, — die Erwerbslosenfürsorge im gesamten deutschen Gebiete auf die Dauer der Erwerbslosigkeit zu zahlen.

In der Debatte entpuppten sich die Vertreter der rechten Parteien in ihrer wahren Gestalt und gaben unüberhörbar zu, daß sie nicht daran dächten, durch Verlängerung der Frist zur Zahlung der Erwerbslosenfürsorge über 26 Wochen hinaus — die Faulheit und Arbeitscheue der Erwerbslosen zu unterstützen und zu fördern. Sie verlangten selbstverständlich in ihrer Eigenschaft als Vertreter des Schwerkapitals und Reiches die produktive Erwerbslosenfürsorge, um so auch aus der Haut und den Knochen der Erwerbslosen Profite und Gewinne schinden zu können.

In daselbe Horn blies auch Herr Aufhäuser, der SPD-Mann und wohlbestallter Führer des NWB, d. h. der deutschen Gewerkschaften. Wörtlich erklärte Herr Aufhäuser, daß er und die Sozialdemokratie als wie auch die Gewerkschaften auch nicht im entferntesten daran dächten, die Erwerbslosenfürsorge auf unbegrenzte Zeiten zur Auszahlung bringen zu lassen. Er denke nicht daran, einem so absurden Gedanken auch nur im entferntesten nachzutreten. (Nun, die Erwerbslosen in ganz Deutschland werden Herrn Aufhäuser für diese Mitteilung sehr „dankebar“ sein.)

Gegen diese Demagogien der Rechten und der „Volksblöcker“ einschließlich der SPD und ihren, während dem Wahlkampf gemachten Versprechungen trat der Genosse Käbel von der kommunistischen Fraktion mit aller Schärfe entgegen. Er entlarvte die verbrecherischen Absichten der Kapitalisten, aus der Not und dem Elend der Erwerbslosen Gewinne schinden zu wollen und rief auch der Sozialdemokratie ihre schänderliche Maske vom Gesicht, indem er Aufhäuser aufforderte, seine Forderungen und Worte, die er im Ausschuß tat, auch vor der Öffentlichkeit, speziell vor den Erwerbslosen, zu wiederholen.

Der kommunistische Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Auch den sozialdemokratischen Antrag lehnten die Vertreter der Bürgerlichen gegen SPD und KPD ab.

Angenommen wurde der Antrag und die Entschlieung der Rechten und der Regierung, welcher die produktive Erwerbslosenfürsorge vorseht und die Not der Erwerbslosen dazu mißbraucht, als Lohnbrüder aufzutreten und den Kapitalisten Gewinne schinden zu helfen.

Die Erwerbslosen Deutschlands mögen sich nun vor Augen halten, wer ihnen den Strid in die Hand drückt, und so schnell wie möglich erkennen, daß nur der proletarische Klassenkampf sie vor Not und Elend bewahren kann.

## Alle Parteien für die Lohnsteuer

Der kommunistische Antrag abgelehnt

Berlin, 27. Mai.

Bei der Beratung der Steuerüberleitungsgesetze lehnten alle Parteien den Antrag der Kommunisten auf Aufhebung der Lohnsteuer ab. Obwohl den kommunistischen Antrag, das Steuerfreie Existenzminimum auf 3600 Mark festzusetzen. In der Debatte über das Existenzminimum sprachen die Zentralvertreter über „soziale Gerechtigkeit“, lehnten aber gleichzeitig den Antrag der Sozialdemokraten auf Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auf 100 Mark ab. Der Zentralabgeordnete Bräuning, Führer der christlichen Gewerkschaften, erklärte, die christlichen Gewerkschaften seien gegen ein „hohes“ Existenzminimum.

## 2000 Kumpels entlassen

Essen, 28. Mai.

Die „Essener Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß die Grubengewaltigen der Essener Gruben den Gesamtbeschäftigten der Essener Gruben die Mitteilung machte, daß in nächster Zeit 2000 Kumpels entlassen werden würden.



# Die Eisenzölle als Schrittmacher des deutsch-französischen Montan-Kartells

Die „Times“ meldet aus Düsseldorf:

„Soeben wurde hier eine Konferenz der deutschen und französischen Schwermetallisten abgehalten. Sie betraf die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie und verdient darum das Interesse der Metallindustriellen der ganzen Welt.“

Die Delegierten haben die in Paris unterbrochenen Verhandlungen fortgesetzt. Der erste Schritt der deutschen Schwermetallisten war ihre eigene Organisierung (im neuen Kohlen-Syndikat, dem neuen Kohlenkartell und durch die kleine Zolltarif-Novelle, D. Red.); der zweite soll die Herstellung einer französisch-deutschen Industrievereinbarung sein, und der dritte Schritt ein Übereinkommen, durch das die Ausfuhr nach gewissen Ländern reguliert werden soll.

Parasiten zu diesen Verhandlungen laufen die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Es wird aber niemals ein Handelsvertrag abgeschlossen, solange sich nicht die Industrie-Herzöge geeinigt haben.

Der Schlüssel zur Lage ist die Konjunktur der Ruhrindustrie. Dieses Gebiet ist weit entfernt davon, sich einer günstigen Wirtschaftslage zu erfreuen. Die Kohlenbergwerke arbeiten nur bis zu 55 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit; die Braunkohlenförderung beträgt nur die Hälfte der Leistungsfähigkeit, und auch die Eisen- und Stahlindustrie ist eingeschränkt. Nur neun von den großen Werken arbeiten mit voller Kapazität. Nennlich ist die Lage im Saargebiet und in Lothringen.

Das internationale Eisenerz-Kartell, an dem England vor dem Kriege mit 40 Prozent beteiligt war, steht unmittelbar vor seiner Erneuerung. Am 29. Mai werden die Verhandlungen bei denen auch England vertreten sein, in Paris fortgesetzt.

Das führende Blatt der englischen Schwermetallisten schließt seinen Bericht:

„England darf kein unbeteiligter Zuschauer bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung der internationalen Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Metallindustriellen sein.“

Die deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen, bei denen jede der unterhandelnden Delegationen, mit Hochschützollen bewaffnet, sich an den Beratungen teilnimmt, — die deutschen Sozialdemokraten mühen ebenso wie die Luther-Regierung die schnelle Verabschiedung der kleinen Zolltarif-Novelle, damit die deutschen Konzernmagnaten mit Eisenzöllen ihren französischen Konkurrenten aufwarten können — kommen nicht vom Fleck. Sie stocken deshalb, weil die Herren vom Pariser Hüttenkomitee und vom dem deutschen Ruhrkapital sich nicht einigen können.

Im Schwanz des Weltimperialismus vegetierend, vom Dawes-Pakt gefesselt, versuchen die 6000 deutschen Konzernmagnaten immer wieder, unter Ausnutzung der Gegenläufe, die täglich erneut zwischen imperialistischen Herren ausbrechen, eine gewisse Selbständigkeit politisch und wirtschaftlich wiederzuerlangen. Dazu sollte die Sabotage der Reparationsleistung, dazu sollte die Verhinderung der Reparationsleistung, dazu sollte der Ruhrkrieg dienen. Dazu sollen jetzt die Handelsvertrags-Verhandlungen benutzt werden. Dazu sollen die Industriezölle ein Mittel sein.

Bei dem Presseempfang, den Luther zur Bekanntgabe des Zolltarifs vor einer Woche veranstaltet hat, hat der Wirtschaftsminister Neuhaus offen erklärt, daß die Eisenzölle der Zolltarif-Novelle nicht als endgültig anzusehen seien: sie würden ihrer Höhe nach durch die privaten Abmachungen zwischen den deutschen und französischen Schwermetallisten geregelt und dann in den deutsch-französischen Handelsvertrag aufgenommen. Die angeblich selbständige Zollgesetzgebung des Deutschen Reiches hat also nach dieser Meinung einer der deutsch-nationalen jungen Leute der deutschen Schwermetallisten nur die Aufgabe, die privaten Zoll- und Handelsabmachungen der Schwermetallisten zu sanktionieren.

Dah dem so ist, bestärken die oben wiedergegebenen Auffassungen der „Times“. Das bestätigt auch der Umstand, daß die deutschen Industriezölle anders als die Agrarzölle keine Mindestzölle sind, also in den Handelsvertragsverhandlungen sogar bis zum letzten Pfennig preisgegeben werden können.

Dann hätten wir also den Freihandel? Dann wäre das erreicht, was die Dillinger eskriben: durch Zollfuge, die sich selbst überflüssig machen, zum freien Warenaustausch zu gelangen?

Der Bericht der „Times“ aus Düsseldorf gibt die Antwort auf dergleichen utopische Schwärmerlei. Der Freihandel, der mittels solcher Eisenzölle errungen wird, ist die monopolistische Verteilung der Märkte durch internationale schwerkapitalistische Kartelle. Das ist nicht der Triumph des Freihandels, sondern der Sieg des Monopolkapitalismus. Die Eisenzölle, indem sie so durch Privatabmachungen der Schwermetallisten und durch Handelsverträge ihrer gegenseitigen Ministerien „abgebaut“ werden, bewahren sich durch diesen Abbau gerade in ihrer eigentlichen ökonomischen Aufgabe: die Kartellierung zu fördern, den Monopolkapitalismus zu festigen. Das internationale Stahl- und Eisenkartell, gestützt auf das Pariser Hüttenkomitee und auf die deutschen Konzernmagnaten, bedarf für den Austausch seiner Produkte zwischen Deutschland und Frankreich der Eisenzölle allerdings nicht mehr, weil die Monopolpreise, die es konkurrenzlos festsetzen kann, die Eisenzollprobleme mehr als aufwiegt, und weil die Eisenzollmänner, mit denen es sich gegen die konkurrierenden schwerkapitalistischen Mächte umgibt, seine Konkurrenzfähigkeit auf den übrigen aufgeteilten Märkten sichern.

Die „Times“ erkennen denn auch die Bedeutung, die jenen privaten Abmachungen zwischen den deutschen und französischen Industriegegnern in ihrem Konkurrenzkampf gegen das englische Schwermetall innewohnt. „England kann jenem Pakt nicht tatenlos zusehen“, seine Schwermetallisten, deren Organ die „Times“ ist, fordern auch für sich Hochschützölle. Und Churchill ist bereit, sie ihnen zu bewilligen.

Die deutschen Sozialdemokraten, indem sie Industriezoll zur besseren Ausrüstung der deutschen Schwermetallisten in ihrem Schaher mit dem französischen Hüttenkomitee fordern, erweisen sich wieder einmal als die Schrittmacher des die Völker ausplündernden Weltimperialismus, genau so wie ihre Kumpare in Frankreich als die Lakaien der französischen Imperialisten in ihrem Raubkrieg gegen die Riffabnen.

## Die Regierung lehnt die Erhöhung der Beamtengehälter ab

Berlin, 28. Mai.

Die Luther-Regierung hat die in Form einer Entschliessung vom Reichstag am 4. April beschlossene Anfrage über die Beamtengehälter mit einer Denkschrift beantwortet, in der nach den üblichen demagogischen Bräsen brutal erklärt wird, die Regierung könne mit Rücksicht auf die Finanzlage der öffentlichen Körperschaften, die Reichsbahn und die allgemeine wirtschaftliche Lage die Verantwortung für eine Erhöhung der Beamtengehälter im gegenwärtigen Augenblick nicht übernehmen.

Millardenüberschüsse haben die Löhnerherabzüge eingebracht. Aus dem Schweiß der breiten Masse füllen sich die Staatskassen. Aber Deutschland braucht das Geld für seine Dawesherren und für seine Industrieherren. Mag die breite Masse der notleidenden unteren Beamtenschaft vergeblich auf die oberen Beamten ist gespart.

Was werden die Beamtenorganisationen tun, um die Luther-Regierung zu zwingen, die Beamtengehälter zu erhöhen? Die Beamten müssen sich klar sein darüber, daß diese Regierung nur durch härtesten Kampf gezwungen werden kann, ihren Forderungen Rechnung zu tragen.

## 160 Reichswehrsoldaten in den Tod getrieben

Dresden, 28. Mai.

Nach der Statistik des Reichswehrministeriums haben im Jahre 1924 160 Reichswehrsoldaten Selbstmord verübt.

Wüstern und trocken ist die Meldung: 160 Reichswehrsoldaten haben Selbstmord verübt.

Was steckt dahinter? Warum schweigt man über die Motive die die gekauften Soldlinge der Bourgeoisie in den Tod trieben? Waren es die giselaenen Schifanierungen durch die Offiziere, der despotische Altruismus der Offiziere, Hunger und Ausweglosigkeit der vom Zivildienst abgeworfenen Soldaten? Heraus mit der Strafe!

## Genosse Trocki über die internationale Lage

Moskau, 27. Mai.

Auf einer Versammlung der Mitarbeiter des Zentralkomitees (Staatliches Planwirtschaftsinstitut) trat Trocki mit einer Rede über die Stabilisierung des Kapitalismus auf. Trocki unterstrich hierbei die schnelle Wachen der Weltwirtschaftskrisis Amerikas, Japans, Indiens und anderer Kolonien einerseits und das Fallen derselben Kräfte andererseits. Der Antagonismus Europa-Amerika wächst, was die revolutionäre Situation bestimmt. Amerika hält die Länder Europas über Wasser, damit sie ihre Schulden bezahlen können. England wird zurückgedrängt vom Weltmarkt, und wird allmählich zum Masser der amerikanischen Politik. Nach dem ungeschlun revolutionären Drang der Arbeitermassen in der Periode 1918-1923 hat der Kapitalismus sich von seiner Panik erholt. Er hat die Welt stabilisiert und erlebt eine Atempause. Aber die europäische Bourgeoisie kann nicht mehr die oberen Schichten der Arbeitermassen über Wasser halten, auf Kosten der Ausbeutung der Kolonien, was die Gewerkschaftsbürokratie nach links drängt. Die englischen Gewerkschaften sind augenblicklich der allerrevolutionärste Faktor der Welt. Die „ängstliche“ Europas von Amerika wächst mit jedem Tage. ... Die Welt Deutschland kam erst dann, als die Welt schon zu sinken war. Aber Amerika unterdrückt sich von Deutschland durch eine Macht, welche sich mit Hilfe der Dollars durchsetzen kann, ohne zum Schwert greifen zu müssen, und dadurch Europa an die Wand drückt. Darum kann man nicht von einer längeren Stabilisierung sprechen, sondern nur von Wiederherstellung eines regelmäßiger Funktionen der europäischen Weltwirtschaft. Denn die künstliche Stabilisierung der Welt belastet den industriellen Export schwer, verschlechtert die Lage der Arbeiterklasse und führt dadurch zur Verschärfung der Klassenkämpfe.

## Sachverständige Ueberfälle in Wien

Wien, 28. Mai.

Die sachverständigen Verbände hielten erneut protestatorische Demonstrationen ab. In der Unübersichtlichkeit stellen sich ihnen die Kommunisten entgegen und es kam zu heftigen Zusammenstößen. Die Behörden ergriffen für die Faschisten Partei. Im Zwischenfälle zu vermeiden, ließ sie die Unübersicht für Handelsverhandlungen schließen. Im Laufe des Tages kam es überall zu mehr oder minder heftigen Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und den Faschisten.

## Für die Annahme der K.P. in die Labour-Party

Die Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer, deren Generalsekretär Bromley ist, hat beschlossen, auf dem nächsten Kongress der Labour-Party für die Aufnahme der kommunistischen Partei und die Annulierung der im letzten Jahr gefassten Beschlüsse über Ausschluß der Kommunisten einzutreten.

## MacDonald für den Terror in Bulgarien

In den bulgarischen Zeitungen erscheint ein Brief Mac Donalds, in dem erklärt wird, daß die englische Delegation nach Bulgarien keine offizielle war. Dieser Brief, der mit Vergnügen in der Zankoff-Presse abgedruckt wird, erscheint um dieselbe Zeit, wo die Arbeiterklasse Englands und viele Abgetriebene der Labour-Party die eifrigsten Bemühungen machen, die Arbeiter und Bauern Bulgariens vor dem Henker zu retten. Mac Donald aber erklärt, daß die Delegation ohne seinen Brief und Siegel abgedruckt hat.

## Neuer Ueberfall auf das Büro der K.P. in Glasgow

Zum zweiten Male innerhalb 10 Tagen ist das kommunistische Büro in Glasgow von faschistischen Raufbolzen überfallen worden. Zeitungen und Parteischriften waren auf den Fußboden geworfen, Briefe und Schriften durchgehört und zerrissen und durch Chemikalien vernichtet. Die Faschisten und die englische Geheimpolizei treffen Vorbereitungen, um den Pfingsten in Glasgow stattfindenden Parteitag der K.P. zu stören.

## Keine Gedentafeln für Karl Marx

Das Londoner Museumskomitee hat es abgelehnt, Gedentafeln für Karl Marx an den Häusern, in denen er in London gewohnt hat anzubringen.

## Ein Oberrittmännchen

Der Roman einer Illusion.  
Von Otto Müller-Gisja.

8 Obgleich Frau Berger nicht gleich in ein klares Verhältnis zu dem Inhalt des Briefes zu kommen vermochte, war sie doch von der Form des Gefagten gefangen und kam zu der Annahme, daß es ein beförderter Brief sei. So konnte sich ihrer Meinung nach nur „ein sehr gebildeter Mensch und ein besserer Herr“ ausdrücken; zudem kam ihr die Schrift so vornehm vor, als habe sie ein gelehrter Mann geschrieben, eine „richtige Doktorarbeit“ schien es zu sein. Es mußte also etwas dahinter stecken, wenn auch in dem Briefe merkwürdig viel vom „Sozialismus“ die Rede war. Für Frau Berger war aber auch dieses Wort noch einigermaßen neu und sie ahnte mehr nur, daß es mit den Sozialdemokraten zusammenhänge. Das Wort Sozialismus klang in ihren Ohren ziemlich gelehrt. Sie hatte immer nur von den „Noten“ gehört. Darunter verstand sie die Arbeiter, die sich nicht einmal gewerter, bloß Arbeiter sein und anschließend sich auch noch etwas darauf einbilden. Unter „Note“ verstand sie auch sogenannte „Schreier“, die zum Beispiel zur Waffentage auf den Straßen herumzogen, „wilde Lieder“ sangen und sich dann „Herschen“ anhörten. Aber was konnten „diese rohen Menschen“ mit dem Schreiber dieses Briefes gemein haben? Indessen entsann sich Frau Berger, von Emil gelegentlich gehört zu haben, daß es unter den Noten auch einige studierte Leute als Führer gab. Es waren das meist Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller, die eine große Rolle spielten und gewöhnlich in den Reichstag gewählt wurden. Zielte also war Herr Seidel so einer ...? Dann konnte man ja auch mit ihm Staat machen, vielleicht als Schwiegerjohn. Jedenfalls war es eine Ehre, einen solchen Brief in der Familie erhalten zu haben. Das sollten einmal die Verwandten und Bekannten in ihren Familien auflesen. Man wollte jedenfalls ein Mädchen, das als Kind schon verehrt und geehrt wurde. Schließlich hatte doch ein gebildeter Mensch geschrieben, daß Rosa ein „sympathisches und schon vernünftiges Mädchen“ sei. Das war doch eine glänzende Selbstlobung für ihre Annahme, daß Rosa sicher ihr Glück machen werde.

Rosa hatte infolge des dummen Traumes sich in den folgenden Tagen eingeredet, sie sei „verlobt“ worden. Sie schämte sich ob ihres Verhaltens in der Sonnenwendfeier. Aus diesem Grunde verjagte sie das Erlebnis ihren Freundinnen gegenüber totzuschweigen, und soweit sie es, wie Ella, wußten, es bald in Vergessenheit zu bringen. Sie bereute es wirklich, so „froh“ gewesen und ihm so entgegengekommen zu sein. Als, was ihr an jenem Abend harmlos und natürlich erschienen war, sah nunmehr ganz anders aus. Aber alle diese Bedenken waren wie Spreu vom Winde hinweggefegt, seit sich der Brief in Rosas Händen befand; brachte er doch die Bestätigung, daß alles in Ordnung sei, und es keinerlei Ursache mehr gäbe, irgend etwas zu bereuen. Rosa war in den ersten Tagen nach seinem Empfang wie aus dem Häuschen und gab den Brief nicht mehr aus den Händen. Wenn sie in die Schule ging, wurde er mit in die Büchertasche verpackt. Als ob Rosa eine Romanfortsetzung lese, so wurde er einmal nach dem anderen gelesen, so daß sie ihn längst auswendig kannte. Auf dem Wege zur Schule oder bei Besorgungen in der Stadt kam es oft vor, daß Rosa den Wortlaut des Briefes vor sich herlas. Besonders plastisch blieb ihr die Stelle im Gedächtnis, wo er sagte, daß Rosa ein „sympathisches und vernünftiges Mädchen“ sei. Das war doch ein erhebendes Urteil; gefällt von einem „gebildeten, feinen Herrn“, so daß man täglich ein wenig stolz darauf sein durfte.

Natürlich belamen auch die Freundinnen diesen Brief zu sehen, denn dadurch, daß man ihn auch anderen zeigen konnte, gewann er erst seinen richtigen Wert. Sogar Ella Vater, der als Parteigenosse des Briefschreibers doch ein lebhaftes Interesse daran hatte, erzwang sich die Einsicht in den Brief. Er hatte darauf Rosa angesehen und nickend gesagt: „Daß er Dir'n geschickt hat, dazu könnte man manches sagen, aber es ist besser, man hält sein Maul.“ Das hatte Rosa ein wenig gekränkt, obgleich sie sich nicht denken konnte, was er damit meinte, auch das von Frau Berger gehaltene Buch wurde die Runde und wurde bemundert. So gab es eine Sensation in dem kleinen Kreise, in dessen Mittelpunkt Rosa stand und sich bewundern ließ.

Natürlich mußte bald geantwortet und gedankt werden. Rosa schrieb unter Aufsicht ihrer Mutter. Was dabei herauskam, war ein im herzlichsten Ton gehaltener, im übrigen aber recht primitiver Brief, der Frau eine Enttäuschung bereite, er hatte beim Gespräch mit Rosa den Eindruck gehabt, daß sie

intelligent sei, als man nach diesem Brief annehmen durfte. Indessen empfand er den warmen, herzlichen Ton, in dem der Brief gemeint war, so gewinnend, daß Fritz sich bemühte, über die gedankliche Unmündigkeit und stillische Unfertigkeit hinwegzusehen und sich ein briefliches Hin und Her entspann, dessen Ergebnis zuletzt war, daß Fritz eingeladen wurde, die Familie Berger einmal zu besuchen. Er nahm die wiederum sehr freundlich gehaltene Einladung an, weil es ihn interessierte, das Niveau kennenzulernen, aus dem Rosa kam, denn das würde sicher viel zu einer gerechten Beurteilung Rosas beitragen können. So wurde der Besuch auf einen Sonntagvormittag festgelegt.

Rosas Sorge für diesen Tag war, was sie anziehen und wie sie ihr Haar stecken sollte. Sie selbst entschied sich für Knäuelchen, ihre Mutter hingegen dafür, die Zöpfe in einem Kranze um den Kopf zu legen. Frau Bergers Hauptfrage aber war das große Reinemachen und das Gelingen des Kochens, den sie selbst kochen wollte. Emil hingegen besorgte gute Zigaretten und Zigaretten, da es ja bei einem so „jungfräulichen“ zweifelhaft war, ob er Zigaretten rauchen werde. Jedenfalls wollte die Familie sich „nicht zu schämen“ brauchen.

Nachdem lange vor dem mutmaßlichen Eintreffen des Gastes Rosa unzählige Male zum Fenster hinausgeschaut, wurde ihr das kurz vor drei Uhr verboten, weil es „unanständig“ sei, falls er es sehe. Frau Berger meinte, „das sehe gerade so aus, als ob man es nicht erwarten könne, bis er da ist; am Ende sei es auch möglich, daß er gar nicht komme.“ In dieser Möglichkeit dachte sie im Ernst allerdings nicht. Einige Minuten nach drei Uhr traf Fritz ein. Als er geküßt hatte, ging vereinbarungsgemäß Frau Berger hinaus, um den Gasts zu empfangen. Daß sie die erste sein sollte, die ihn sah, befriedigte ihre Neugier einigermaßen. Gepanzt öffnete sie die Tür und da trat sofort in ihr Bewußtsein: „Er ist kleiner, als du gedacht hattest, und auch sonst nicht ganz so fein.“ (Ihrer Meinung nach konnten nur große Männer „seine Herren“ sein.) Fritz hatte sich fürs erste verlegen gezeigt und einige Sekunden geögert, bevor er nach dem einfachen „Guten Tag“ noch etwas zu sagen wußte. Er befand sich augenblicklich in einer neuen Stimmung, die daraus entstehen mochte, daß seine Stellung zur Familie Berger zunächst doch ein wenig feil war.

(Fortsetzung folgt.)



# Ganz Breslau ist erfreut

## über unseren Verkauf auf Teilzahlung

Telephon  
Ring 2546

Telephon  
Ring 2546

bei geringer An- und bequemer Abzahlung

Wir bemühen uns, in hervorragenden Qualitäten und billigsten Preisen  
tonangebend zu sein und werden gekaufte Waren sofort ausgehändigt.

Wir empfehlen:

Herren-, Burschen-, Knaben-Anzüge, || Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider,  
Covercoats, Gummimäntel usw. || Röcke, Blusen

Gartenstrasse 36

Gartenstrasse 36

gegenüber  
Konzerthaus

# Helios

gegenüber  
Konzerthaus

### Berufungskalender

Dienstag, den 29. Mai, abends 7.30 Uhr, Begrüßung der Jugend bei Frau J. J. ...  
Freitag, den 30. Mai, abends 7.30 Uhr, ...  
Sonntag, den 1. Juni, abends 7.30 Uhr, ...

### Kommunistische Jugend

Am 1. Juni ...  
Am 2. Juni ...  
Am 3. Juni ...

### Jung-Spartakusbund

Am 1. Juni ...

### Andere Organisationen

Am 1. Juni ...

RFB. Am 1. Juni ...

IAH. Am 1. Juni ...

## Liebig-Theater

Monat Mai 1925  
Täglich 8 Uhr Täglich 8 Uhr  
Saufspiel

**Hartstein**  
und Gesellschaft  
in dem neuen Schloß:  
**Der lachende Fridolin**  
oder **Wer ist der Papa?**  
Eine tolle Burleske in 2 Akten  
von H. Hartstein  
Regie:  
**Lowick Jewels**  
Der berühmte Musikant  
**Gilbert und French**  
Die elegantesten Sänger  
**Oskar Albrecht**  
Humorist  
**C. Schenk und Sohn**  
Die unerreichbaren Equilibristen  
**Gracielles Tropenvögel**  
Ein Wunder der Dressur  
**Miss Glaermann**  
Gymnastischer Akt  
**D. A. R. E. O.**  
Der Mann mit dem drehbaren Kopf  
**Felix der Kater**  
Der neueste Film.  
**Schauspielhaus**  
ermöglicht Sommerreise.

Schauspielhaus  
Zigarren,  
Zigaretten,  
Tabak  
gat n. billig bei  
**Harry Exner**

**Arthur Cziessky**  
Kapellmeister  
**Kolonialwaren, Weine,**  
**Zigarren, Zigaretten, Tabak**  
Vorwerkstr. 62, Ecke Lützowstr.

**Fries-Brot „Edelweiß“**  
Weiß- und Süßwaren  
in hoher Qualität  
**Fritz Grieger, Mehlgaße 30**

Stets gut und billig  
kaufen Sie im  
**Konfektions-Haus J. Gruber**  
Waldenburg, Freiburger Str. 4  
Spezial-Geschäft für Herren- und Knaben-Konfektion  
**Berufs-Bekleidung**

Die  
**Wahrheit über Rußland**  
siegt.  
Während die Politik der Sozialdemokratie das  
**Elend der deutschen Arbeiter**  
stabilisiert,  
verbessert sich die Lage der russischen Arbeiter  
von Tag zu Tag.  
Um diese Tatsache zu vertuschen  
lügt die „Volkswacht“  
über Sowjetrußland.  
**Darum Arbeiter lest:**

Rubiner: Sowjetrußland von heute  
— 20 Hg.  
Die englische Gewerkschaftsdelegation  
in Sowjetrußland  
— 45 Hg.  
Zu beziehen durch die Literaturobleute und die  
Buchhandlung, Breslau, Trebnitzer Str. 50

**Beachtet  
unsere  
Inserenten!**

Für die  
**Festbäckerei**  
empfehle ich mein allseitig  
anerkanntes hochfeines  
**Briesler Kaiser-  
Auszugmehl**  
Pfund 25 Hg., 5 Pfund 1.20 Mk.  
**Glattes Kaiser-Auszug**  
Pfund 25 Hg., 5 Pfund 1.20 Mk.  
**Feinstes Weizenmehl 000**  
Pfund 22 Hg.  
**Selle Sultan-Rosinen**  
1 — Mk., große Rosinen 90 Hg.  
**Margarine**  
in allen Preislagen 6800  
**Palmin** 80 Hg. **Rokosfett** 70 Hg.  
**Schlesischer Blaumohn**  
von köstlichem Aroma, ganz und gemahlen  
**J. A. Reichelt**  
Waldenburg, Scheuerstraße

Neuer Deutscher Verlag Berlin  
Zweitabteilung Schlesien, Breslau, Gartenstraße 46  
**JIM DOLLAR:**  
**MESSMEND**  
oder  
Die Yankees in Leningrad  
Gesamtangabe

ist soeben erschienen  
Groß-Oktav, 192 Seiten, Preis nur 1.50 Mark  
Der Verlag ist den vielfachen Wünschen der Leser  
nachgegeben und hat die bisher in Hellhorn  
erschlossene Erzählung Jim Dollars in einem Band  
herausgegeben  
Zu beziehen durch alle Kolportage.  
Wo nicht erhältlich, wende man sich direkt an den Verlag

**Internationale  
Zeit- u. Streitfragen**

Band 1  
Luvaton: „Geschichte Amerikas Europa  
erstarrt will“, 35 Pfennig  
Band 2  
Radok: „Die National-Socialdemokratie“, 25 Pfennig  
Band 3  
Die englische Gewerkschaftsdelegation  
in Sowjetrußland“, 45 Pfennig  
Angezeigt Band 4  
J. K. Sörgel: „Das Russen-Verhalten  
und ihre Beziehungen“

Zu beziehen durch die Literaturobleute und die Buchhandlung  
Breslau, Trebnitzer Straße 50

## Salamander-Stiefel zum Pfingstfest

Ehrlich, Waldenburg, Freiburger Str.

**Genosse! Du sabotierst die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“**  
wenn Du nicht bei jedem Einkauf auf die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ hinweist und in  
den Geschäften, die nicht in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ inserieren wollen, noch  
weiterhin kaufst! Jeder Geschäftsmann, jedes Verkehrs-Lokal, alle  
**müssen in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ inserieren!**

Breslau, 13. Juni 1925, Seite 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600





# Betrieb und Werkstatt

## Das Gesicht der herrschenden Klasse

Von einem Kumpel der Concordgrube, Hindenburg O.S. erhalten wir die Mitteilung über die folgende Bekanntmachung der Grubenverwaltung der Concordgrube an ihre Belegschaft:

### Bekanntmachung

Infolge der Schwierigkeiten des Kohlenabfuges und der außerdem noch eingetretenen sieben Prozent Lohnerhöhung sehen wir uns genötigt, den Betrieb noch weiter einzuschränken und heute 80 Arbeiter zu kündigen.

Concordgrube, den 23. Mai 1925.  
gez. Bauer.

Kumpels, so sieht das Gesicht der herrschenden Klasse aus! So enthüllt sich die Damesolnie Deutschland! Offener, brutaler und sinnlicher kann sie sich nicht mehr offenbaren.

### Auf die Straße mit euch

wenn ihr auch nur die geringste Lohnerhöhung fordert. Mögt ihr verreden, wenn nur der Profit der Kapitalhähnen unangefastet bleibt! Die Daumenstrrauben des Hungers werden euch angefaßt, um euch willfährig zu machen, für die rücksichtslose Ausbeutung. So will euch die kapitalistische Brut lirre machen.

Wer von euch, Kumpels, glaubt noch jetzt an den „guten Willen“ der Grubengewaltigen? Wer trägt sich jetzt noch mit der Illusion der Klassen„harmonie“ herum? Wer erkennt jetzt nicht die eiserne Notwendigkeit:

### Kampf, Kampf und nochmals Kampf

gegen die rücksichtslose, unbarmherzigste, brutallste kapitalistische Ausbeuterclique! Keine Gemeinschaft, kein Ruhhandeln mit ihr! Offene reinliche Scheidung:

### Sich Arbeit — da Kapital!

Arbeiter, organisiert den Klassenkampf gegen diese faule bürgerliche Gesellschaftsordnung, die euch verhungern läßt, ehe sie vom Profit einbüßt! Formiert die geschlossene Kampffront aller Ausgebeuteten unter dem

### Roten Banner des Kommunismus!

## Die Kumpels gegen die Verlängerung der Arbeitszeit

Schlesische Kohlen- und Kokswerke, Waldenburger Kohlenrevier (Von unserem Betriebsbeiratsleiter)

Die Belegschaft der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke ist gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Die am Montag stattgefundenen Abstimmungen ergab, wie in den anderen Zechen des Waldenburger und Neudorfer Kohlenreviers, eine gewaltige Mehrheit gegen die achtstündige Arbeitszeit.

Das Ergebnis der Abstimmung ist:

- Gegensatz: 527 Stimmen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, 10 Stimmen dafür.
- Mehrheit: 251 Stimmen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, 10 Stimmen dafür.

Die Bergarbeiter haben endlich erkannt, wie schändlich sie belogen und hintergangen wurden. Um mehr zu verdienen, wollten sie damals in die Verlängerung der Arbeitszeit von 7 auf 8 Stunden. Und was ist eingetroffen? Das der Kumpel jetzt in 8 Stunden weniger verdient als früher in 7 Stunden. Der Kumpel beginnt zu erwachen. Jetzt heißt es zu kämpfen für die siebenstündigen und für sofortige 50 prozentige Lohnerhöhung!

Genug des wehnsinnigen Glanz! Fort mit dem Rulldasein! Wir wollen uns ein festes Leben erkämpfen!

## Kampf für die siebenstündigen und 40 Prozent Lohnerhöhung

Concordgrube, Hindenburg

(Von unserem Betriebsbeiratsleiter)

In einer am Donnerstag voriger Woche stattgefundenen Belegschaftsversammlung wurde nach dem Referat des Genossen Jadaß folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Belegschaft der Concordgrube ist sich einig darüber, daß die verschärfte Offenheit des Unternehmertums lediglich den Zweck hat, die Arbeiterkraft in ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrer rechtlichen Rechte zu kürzen und zu klabügeln. Dementsprechend muß der schärfste Widerstand der Arbeiter entgegengebracht werden.

Die täglich sich mehrenden Unglücksfälle sind ein bezeichnendes Zeugnis für die Willkür der Unternehmer. Diese Katastrophen die die Folge der verschärften erhöhten Ausbeutung sind können nur verhindert werden durch die Beilegung der kapitalistischen Ausbeutung. Die Belegschaft fordert die sofortige Einführung der siebenstündigen Schicht unter Tage und erwartet von den Gewerkschaften, daß sie den Kampf dafür organisieren. Dementsprechend fordert sie eine sofortige 40 prozentige Lohnerhöhung sowie Ausbau der Rechte der Betriebsräte.

## Die unaufrichtigen Unglücksfälle

Genossenschaft

(Von unserem Betriebsbeiratsleiter)

Auf den Gruben jagt ein Unfall den andern. Unaufrichtig werden die gekraden Karren der Bergarbeiter geschleift. Auch hier im Genossenschaft und ganz besonders in der ersten Abteilung geschieht Unglück auf Unglück.

Es ist noch nicht lange her, daß der Schlepper Strecker in der Grube von einem Pferde geschlagen wurde, so daß ihm ein Auge verloren ging. Bald darauf mußte der Hauer Kühn aus dem Schacht mit zerbrochenen Rippen herausgeholt werden. Die Berge häuten ihn den Bergkorb zum Auswurf.

Därtnner wurde beim Ausfahren am Tageschacht ein Bein durch einen Holzknüttel (Stempel) verschmettert. Er mußte ins Lazarett befördert werden. Der Nachfolger ist am Unglücksfall 20 Meter vor den Leuten ausgefahren. Warum hat er nicht dafür gesorgt, daß der Stempel festgesteckt wurde, um nicht den Nachkommenden die Beine zu verschmettern? Das Unglück hätte so vermieden werden können. Sonst steht doch der Abteilungsleiter Därtnner alles und behält die Leute lange genug in der Grube. Er hätte die Pflicht gehabt, die Führung längst sichern zu lassen.

Im übrigen eine Frage an das Bergrevieramt. Weiß es, daß der Steiger Böttcher die Kumpels dazu anhält, Doppelschichten zu machen? Das heißt, er hat Bergarbeiter, die am Sonnabend Frühlingschicht hatten, zum Abend, also zur Sonnabend-Nachtschicht, bestellt und die müden und ausgemergelten Kumpels Sonntag früh bis mittags arbeiten lassen. Ist das nicht bergpolizeiwidrig? Natürlich hat der Steiger so ohne Befragen und Wissen des Betriebsrates gehandelt.

Das sind die berühmten „Sicherheitsmaßnahmen“ in den Gruben? Kein Wunder, wenn durch solche Methoden die Unfälle noch vermehrt werden. Man sieht hieraus, wie mit dem Leben und der Gesundheit der Bergarbeiter gehandelt wird.

Passiert ein Unglück, so versuchen die Grubenverwaltungen immer, entweder den Arbeitern die Schuld in die Schuhe zu schieben oder von der eigenen Schuld abzulenken mit den bekannten Hinweisen auf die „unersärlischen höheren Gewalten“. Aber man kann uns Bergarbeiter nichts weh machen. Wir kennen diese „höheren Gewalten“. Sie sitzen in dem brutalen Antreibersystem, in den fahrlässigen Sicherheitsmaßnahmen aus „Scharlamantendrüpfen“, in den Hungerlöhnen, der Arbeitslosigkeit und zu langer Arbeitszeit.

Vom Bergamt fordern wir energische Maßnahmen, um im Genossenschaft nach dem Rechten zu leben. Wir verlangen die sofortige Abhilfe. Wir wissen aber, daß sich die Bergarbeiter endgültig nur auf sich selbst verlassen können, wollen sie Gesundheit und Leben schonen. Und darum rufen wir allen Kumpels zu:

- Macht euch bereit, um anzukämpfen gegen das brutale kapitalistische Profit- und Antreibersystem!
- Kämpft für die siebenstündigen und bedeutend höhere Löhne, für das Kontrollrecht der Betriebsräte!
- Formiert die geschlossene Kampffront aller Ausgebeuteten gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung überhaupt!
- Erkennt euer Klassenbündnis und werdet Klassenkämpfer!

# Die Kumpels und der Schiedspruch im ober-schlesischen Bergbau

## Die öffentlichen Bergarbeiterversammlungen für die RPD.

In einem vorhergehenden Artikel wiesen wir schon darauf hin, welche traurige Rolle die Bergarbeiterverbands-Bürokratie in der gegenwärtigen Lohnbewegung spielt. Die mit gewaltigem Tamtam angekündigten öffentlichen Bergarbeiterversammlungen haben stattgefunden. Es war von vornherein klar, daß diese „Führer“ sich niemals zu einem ernstlichen Protest aufraffen würden, und trotzdem war das Ergebnis dieser Versammlungen, trotz aller Demagogie, trotz aller Lüge und Verleumdung durch die Sozialverräter, ein voller Sieg für die RPD.

Die Versammlung in Mieschowitz war besucht von etwa 500 Bergarbeitern. Nachdem der berühmte Bergarbeiter Metallist vertuscht, es seinem großen Bruder Franz an radikalen Worten gleichzutun, sprach der Genosse Jadaß. Er kennzeichnete das Verhalten der Franz und Genossen, die zwar ein radikales Telegramm nach Berlin senden könnten, aber nichts unternehmen, um eine einheitliche Kampfstrategie zu schaffen, damit das Bergproletariat aus seiner elenden Lage befreit würde. Reicher Beifall konnte den Genossen Jadaß und zeigte, daß auch die Bergarbeiter von Mieschowitz Übergang haben an der bewährten Strategie des Hindenburgers Franz.

In Mieschowitz sprach Krause. Es war für unsere Genossen Widera ein leichtes, das Verhalten dieser Leute ins rechte Licht zu rücken. Insbesondere verwies er auf die Notwendigkeit der internationalen gewerkschaftlichen Einheit, wobei er die Zustimmung sämtlicher Anwesenden fand. Eingehend auf den Offenen Brief, den die Zentrale der RPD an den Hauptvorstand der SPD und den VDBA gerichtet hat, zeigte er den wahren Charakter dieser Arbeiterführer. Das löste bei einigen unzutreffenden Anhängern der Reformisten ein wahres Wutgeheul aus. Der Versammlungsleiter Dylkaus entzog Widera das Wort und ließ abstimmen, ob er noch weiter sprechen sollte. (Das ist die von der SPD ausgeübte Demokratie, nach unten hin Führer, nach oben Schwanzwedeln und Bauchrutschen.) Aber, o weh! Ganze zwei Stimmen wagten es, dafür zu stimmen, daß Widera abtreten sollte. Der Genosse Widera ließ sich nicht provozieren. Er führte noch aus, wie auch jetzt noch ober-schlesisches Proletariat durch Massenfindungen und Herabsetzung der elenden Entlohnung die Segnungen des Dawespaktes zuteil werden. Genosse Gregarek kritisierte scharf das Verhalten einzelner Proleten, die am 1. Mai gearbeitet haben und die jetzt den Lohn erhalten, indem 600 Mann zur Entlassung kommen sollen. Dann kam Krause zum Schlusswort. Ein elendes Geschwätz mit der alten Phrase: Die Kommunisten haben Hindenburg zur Wahl verhelfen. Aber auch das zog nicht mehr. Der ober-schlesische Arbeiter weiß, daß, wenn selbst die RPD, was natürlich nicht in Betracht kommt, ihre Anhänger aufzufordern hätte, für den radikalen Kandidaten Marx zu stimmen, diese Parole nicht befolgt worden wäre. Das Proletariat, das die Segnungen einer siebenstündigen „freien“ Republik an keinem eigenen Reibe genießt, hat mehr genaug, welchen Geistes Kind Marx und mit ihm seine schwarz-rot-gelben Brüder sind.

Die Versammlung in Spänka war überaus leicht besucht. Kein Wunder. Dem ober-schlesischen Bergarbeiter hat man so manche Enttäuschung bereitet, so daß er es ablehnt, sich noch weiter in Versammlungen revolutionäre Phrasen vordrehen zu lassen, um dann nachher doch verraten zu werden. Der Referent, Kollege Mandla, der erste Anwärter auf einen werdenden Gewerkschaftsbossentum, las einige Artikel aus dem „Vollblatt“ vor. Denn nichts anderes brachten seine Ausführungen, als daß auf den halben ungeheuren Fortschritt angeammelt hätten, daß die Bergarbeiter doch böse Narcken sind, wenn sie dem Arbeiter nicht den Lohn geben, der ihnen zusteht, und daß man jetzt auch noch Feierschichtes eingeführt hat. Natürlich vergaß er nicht, seinen Franz über den grünen Klee hinaus zu loben, seine „revolutionäre“ Tätigkeit, um den gescheiterten Schiedspruch in Kraft treten zu lassen, hervorzuheben. In der Diskussion sprach der Genosse Dula. Wenn jetzt das Arbeitsministerium aufgegeben haben, so sei das nur ein Täuschungsmanöver, um die Bergarbeiter zu beruhigen. Die Wahl Hindenburgs ist der Erfolg eines siebenstündigen Berrats der SPD und der reformistischen Führer. Wenn wir verhindern wollen, daß die Reaktion noch froher wird, so ist es notwendig, in Nachahmung der englischen und russischen Gewerkschaften den Kampf zu führen für die gewerkschaftliche internationale Einheit. Die Bergarbeiter zeigten durch Beifallsstürme, daß Genosse Dula das richtige getroffen hatte. In der gesamten Arbeiterkraft ist der Wille zur Einheit vorhanden, der trotz aller Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie über kurz oder lang zum Durchbruch kommt.

Eine von Gen. Dula eingereichte Resolution wurde einstimmig angenommen. Diefelbe lautet:

Die Bergarbeitergesellschaft gegenüber der Bergarbeiterkraft. Die Bergarbeitergesellschaft verlangt mit allem Nachdruck, daß seitens der Regierung Anordnungen gegen die Kohlenbarone und Saboteure der RPD mit den schärfsten Mitteln vorgegangen wird.

Den SPD-Vertretern im Reichstag ruft die organisierte Arbeiterkraft zu, entließ von ihren Parlamentärsbüchsen abzugehen und dem gesamten Unternehmertum den schärfsten Kampf anzuliegen.

Rechtlich verlief auch die Versammlung in Zabrze. Hier sprach der untergebende Stern, Bergarbeiter Franz. Sehr radikal sprach über Phrasen, das war der Inhalt seiner Ausführungen. Dabei natürlich das altbekannte Gejammer über den Rückgang der Organisations. Wir Kommunisten treten von jeher ein für die gewerkschaftliche Einheit, arbeiten von jeher darauf hin, daß auch der letzte Kollege gewerkschaftlich organisiert ist, aber, wenn ausgerechnet Franz, der doch durch seine ganze Tatkraft dahin gewirkt hat, daß die Bergarbeiter massenweise die Organisation verstehen, jammert über den Rückgang der Organisation, so soll er sich doch darüber klar sein, daß zuerst notwendig ist den Bergarbeitern zu zeigen, daß ihr Verband auch eintritt für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Solange, wie die Gewerkschaftsführer nur radikale Forderungen stellen, da sie bestimmt wissen, daß die meisten vom Unternehmertum abgelenkt werden solange, wie sie nur warten, bis die praktischen Schlichtungsausschüsse ihre Schritte fällen, wird in allen Lohnbewegungen das Resultat das gleiche sein. Erst wenn die Arbeiterkraft wieder erkennt, daß um ihre Lebenslage zu verbessern, der rücksichtslose Klassenkampf notwendig ist, erst wenn sie den „radikalen“ Schwäger Franz und alle die kleinen „Fränzchen“ zum Teufel jagen, wird der Weg zum Aufstieg frei sein.

In der Diskussion sprach als erster Genosse Widera. Er führte folgendes aus: Wenn jetzt die Bergarbeiter mit elenden 7 Prozent Lohnerhöhung abgefunden werden, so trägt darin die Hauptschuld die arbeitgemeinschaftliche Einstellung der Gewerkschaftsbürokratie. Wenn man bei jeder Gelegenheit den Arbeitern sagt, jetzt wäre nicht der geeignete Zeitpunkt zum Kampf, wenn immer und immer wieder darauf hingewiesen wird, daß im besiegten Deutschland auch die Arbeiter einen Teil der Lasten zu tragen hätten, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn in der Arbeiterkraft die Notwendigkeit der Organisation verkannt wird. Im August 1924 stimmten die Gewerkschaftsbezogen als Mitglieder der SPD für den Dawespakt. Man versprach den Arbeitern Frieden, Arbeit und Brot. Und heute muß der schärfste Kampf geführt werden für die geringste Lohnerhöhung. Auch haben wir noch nicht vergessen, wie uns durch das Ermächtigungsgesetz der Achtstündentag genommen wurde. Die Ausbeutung in den Gruben steigt von Tag zu Tag. Ein Unglück folgt dem anderen. Vor einigen Tagen fielen erst wieder in Dorffeld über 40 Kollegen dieser wahnwitzigen Ausbeutung zum Opfer. Als die kommunistische Reichstagsfraktion einen Antrag stellte auf Einsetzung einer Untersuchungskommission, bestehend aus Reichstagsabgeordneten und Bergarbeitern, die noch im Arbeitsverhältnis stehen, da war es die „Arbeiterpartei“, die SPD, die diesen Antrag ablehnte.

Genosse Widera berührte noch die Gewerkschaftsfrage und forderte zum Schluss auf, alles daran zu setzen, damit der letzte Kollege gewerkschaftlich organisiert sei. Aber in der Gewerkschaft darf es kein Ausruhen geben. Nicht die Führer bestimmen die Politik der Gewerkschaften, sondern die Kumpels, die Tag für Tag an ihrem Reibe die wahrhaftige Ausbeutung spüren.

Dann kam Franz zum Schlusswort. Er versuchte seine und seiner Belohnungsgegnen Schuld am Berrat des Achtstündentages abzulenken. Schuld sei nur die Flucht aus den Gewerkschaften. (1) Als kluger Mann, der vorbaut, man weiß ja wohl, was in der Zukunft kommen kann, bekannte er sich zu den sieben Forderungen des Offenen Briefes der Zentrale der RPD. (2) Er möchte die Feststellung, daß dies eine Machfrage sei, und daß dafür die Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Ganz unsere Meinung. Auch wir sind der Ansicht, daß die Frage der Durchführung der sieben Forderungen eine Machfrage ist. Aber dann soll man auch aufhören, jahrelang der Arbeiterkraft vorzugeben, als sei es möglich, auf dem Wege der Evolution die Befreiung der Arbeiterklasse durchzuführen. Wir haben ja jetzt sieben Jahre „Demokratie“, sieben Jahre „Evolution“ (selbständige Entwicklung zum Sozialismus), und wo sind wir gekommen? Heute Barakat — morgen Kapitalismus — übermorgen ein anderer Schiebertrug, das ist das wesentliche Merkmal der von Franz gebildeten „Demokratie“. Das ist eine Machfrage ist es. Und diese Machfrage wird gelöst, wenn sich das klassenbewusste Proletariat bereit, von allen rassistischen demokratischen Illusionen, wenn es sich hart an das rote Banner der Revolution und unter Führung der Kommunisten



Breslau

Zur Hindenburg-Ammette!

Der Herr Hindenburg, ohne Lust und ohne Pflicht, jagt Euch Seid ohne Strafen. Wir verzeihen euch nicht!

Demagogen sind's, die glauben, daß die rote Flut verhebt. Wenn man unsere Führer nicht läßt und in die Keller schiebt.

Der Herr Herr Weitz umweht und läßt sich nicht mit dem Reichswehrminister besetzt und löst den Kopf einer Weitz.

Höll' aus einer Hand Reichen bring' ein anderer auf's Kreuz. Auch aus Reichthümern befreien Sie uns Macht und Freisheit!

Hausjungen beim Roten Frontkämpferbund

Breslau, 28. Mai

In der Gankleitung des RFB nahm die Polizei während der Abwesenheit des Gankleiters, Genossen König, eine unangehörige Hausjungen vor.

Sie beschlagnahmt wahllos alles, was sie an Material vorfindet, u. a. 23 Briefe, die den Verkehr mit den Ortsgruppen zeigen, ferner 13 Broschüren über das Reichsbanner und den Sozialismus.

Anlässlich des gewaltigen Aufmarsches des RFB in Berlin verlangte die beschönigende Presse härteste Maßnahmen gegen diese „rote Armee“.

Die Breslauer politische Polizei ist offenbar bestrebt, diesem Wahnsinn der Reaktion schmeicheln nachzukommen. Offenbar glaubt die politische Polizei in Breslau, sich hierbei über alle gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzen zu können.

Die Beschlagnahme von Broschüren, die im ganzen Reich unbeanstandet vertrieben werden und die Fortnahme einer durchaus legalen Korrespondenz ist eine ungeheuerliche und unerhörte Heranziehung. Sie konnte nur erfolgen, weil Genosse König abwesend war.

Die Funktionäre des RFB in Breslau und anderen Orten müssen, falls die Polizei auch bei ihnen solche ungesetzlichen Beschlagnahmen vornimmt, hiergegen energig protestieren.

Kleinhandelspreise in Breslau am 27. Mai 1925

(Aufgestellt vom Statistischen Amt der Stadt Breslau.)

Table with columns: Lebensmittel, Preis, and other categories. Includes items like Roggenmehl, Weizenmehl, Butter, etc.

Sonntagsruckschiffen zu Pfingsten gehen von Freitag vor dem Fest mittags 12 Uhr bis zum Pfingstmontag einhundertfünfzig. Innerhalb der verlängerten Geltungsdauer können die Karten an jedem Tage zur Hin- und Rückfahrt benutzt werden...

Postausstellung in Breslau zu Pfingsten

Die Oberpostdirektion macht bekannt: Am ersten Pfingstfeiertag findet eine einmalige Briefausstellung wie an Sonntagen und außerdem eine Postausstellung statt. Am zweiten Pfingstfeiertag ruht - wie überall - die gesamte Post...

Der Bauausschuss der Stadterwerberversammlung beschloß den Antrag auf Anlegung eines Personals umschließend unter dem Oderthorbahnhof innerhalb des Ausschusses zu verlegen und den Magistrat um Vorlegung einer Entwurfs-Mappe nebst Kostenberechnung im Anschluß an die Pläne der Reichsbahn-Gesellschaft zu ersuchen...

Donnerstag, den 28. Mai Weinertabend

Beginn abends 8 Uhr in den Zentralballsälen, Westendstr. Eintrittspreis nur 15 Pfennig

Jeder Genosse und jede Genossin, jeder politisch Denkende wird in seinem Innern ein lebhaftes Echo durch die Vorträge Erich Weinerts empfinden. Erich Weinert ist unbedingt der größte lebende Dichter seines Volkes...

Waldenburger Industrieerevier

Auch der letzte Tag des Monats sieht im Zeichen der Klotze.

„Berg-Echo“

Ferner: Eine Kautionskassen auf die Zeitung zu abonnieren, die als einzige im westfälischen Bergland nur die Interessen der Ausgeborenen vertritt.

Aus dem Gemeindepalament Nieder-Salzbrunn

Der am Montag stattgehabenen Sitzung lag eine reichhaltige Tagesordnung vor. Es wurden Mittel bewilligt zur Anlage der elektrischen Straßenbeleuchtung. In bezug auf Kampfschlichtung ist nicht mehr im Rahmen der öffentlichen Verhandlungen heranzutragen...

Gemeindepalamentar Paul erklärt die Vorteile, die die Gemeinde von dem gänzlichen Kauf haben würde, da Herr Kuhn das Haus für 75000 Mark verkaufen will. Gegen diesen Kauf protestierte mit Vorzugsberechtigung des Gemeindepalamentsgesetzlich und beantragt, wenigstens einen Jahreszins zu dem Kauf hinzuzurechnen...

Achtung! Der RFB sammelt sich nicht Freitag, sondern heute Donnerstag, abends 8,30 Uhr am Siegenauerplatz zum Empfang der aus Berlin zurückgekehrten Kameraden. Die Musik hat pünktlich zu erscheinen. Dann geschlossener Abmarsch zum Weinert-Abend.

Die Versammlung des RFB im Nordost fällt heute aus und findet morgen im bekannten Lokal statt.

Arbeiterport

Radport. Am 21. Mai (Himmelfahrtstag) fand das diesjährige Bezirksauscheidungsfahren im Radport im Schießwerder statt. Der Besuch der Ortgruppen am Auscheidungsfahren ließ viel zu wünschen übrig. Es wird Zeit, daß sich die Ortgruppen ihrer Pflicht erinnern...

Aus dem Parteileben

Alle Ortsgruppen, welche die Mitgliedsbücher noch nicht an die Bezirksleitung eingeschickt haben, müssen dies unverzüglich tun. Es müssen darin aber alle Personalrubriken ausgefüllt sein. Auch ob der Genosse Zeitungsläser ist, muß bemerkt sein.

Es wurde dann beschlossen, die Mieten auf 300 und 320 Mark zu erhöhen, was gerade noch genug Belastung für die Mieter bedeutet.

Waldenburg. Wegen den Mietwucher. Eine am Montag von Waldenburg-Mittler Mieterverein einberufene Versammlung nahm einstimmig folgende Protestresolution an: Die am 25. Mai im „Grünen Baum“ zu Waldenburg-Mittler zahlreich versammelten Mieter und Mieterinnen protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die fortgesetzten Mietzinserhöhungen...

Waldenburg. Landrat Schütz beurlaubt. Der sozialdemokratische Landrat Schütz ist beurlaubt worden. Wie der „Proletarier“ meldet, hat Schütz keine Verlegung in den Ruhestand beantragt. Die Arbeiterkammer in Waldenburg wird dem sozialdemokratischen Landrat keine Träne nachweinen. Schütz war 1918 abgehauener sozialdemokratischer Parteibeamter und Privatier. Seine zum nächsten 70. Geburtstag als Landrat wird ihm immerhin eine „Landesgenossin“ Pension einbringen.

Man sieht, die Novemberrevolution war für die sozialdemokratische Parteiführung doch nicht so unbedeutend. Sie wird nach sieben Jahren immer noch - wenn auch jetzt spärlich - drinleben für Arbeitervertreter ab.

Bollenhain. Vom Arbeiterport. Am 30. 31. Mai und 1. Juni Pfingsten 1925 veranstaltet der 6. Bezirk des 14. Kreises des Arbeiter- und Erwerbender seine Bezirksversammlung in Bollenhain. Entschieden des Bezirks im Städtchen von 300 Turnerinnen und Turnern Sonntag abends 9 1/2 Uhr von da geht es mit Musik nach dem Gutsbause zur Boltzburg, welche vom Bezirk und der freien Turnerschaft Bollenhain ein Kommando stattfindet. Es wird der Bollenhainer Arbeiterkammer geboten werden Sonntag, den 31. Mai, finden vormittags Spiele auf dem Sportplatz statt. Nachmittags werden von den Vereinen Teilnehmungen gemäß nach dem Bürger und Höhen der Umgebung Bollenhain. Montag, den 1. Juni, Abfahrt des Bezirks früh 7 1/2 Uhr von Bahnhof nach Bergsdorf, von da Wanderung in die Falkenberg. Da doch zu Pfingsten in Bollenhain auch großer Biemarckrummel ist, erwarten wir von der Arbeiterkammer größte Unterstützung. Die Arbeiter müssen ihre Fischer mit roten Fahnen schmücken. Jezt anderer ausländischer Gruppen, daß ihr Frau zur roten Fahne hastet, indem ihr auch alle um das rote Banner karrt. In diesem Sinne: „Frei Heil!“

Waldenburg. Robe Kinderhandlung. Am Sonntag, den 24. d. Mts., bei großem Sonnenschein, verführten mehrere Kinder eine Abführung in dem Friedhof des Maurermeisters Poth. Dieser, nun ganz empört über das Betragen seines Grundbesitzeres, bewachte sich nun mit einer Handgeleutete seine Wut an dem Sohn des Polizeibeamten Treiber auszulassen. Mit roter Gewalt ließ er die Schöße der Peitsche auf den nackten Körper des Knaben niederfallen. Der mit Schreien beaufschlagt sich in Schmerz zu wand wie ein Wurm. Herr Poth ließ die Bestrafung der Umstehenden laut. Er ist ein frummer Mann, der feilzig zur Kirche geht und seine Robe mit keinem „Christentum“ zu verunreinigen kann glaubt. Der frumme Mann gehalten nicht einmal den Hühnern, seinen Hof zu verlassen, und läßt diese von einem billigen Hauheuten. Die Leute in Herr Poth deshalb so wütend, weil die Gemeinde es abnahm, ihm die verlangten 18 Mark Nachzahlung für das befallene Grundstück zu bewilligen.

Heute Weinert-Abend. Andere Veranstaltungen fallen aus!